



1) Welche Maßnahmen verfolgen Sie und Ihre Partei, um die Gleichstellung von Frauen und Männern in Gesellschaft, Politik und in der Familie herzustellen?

HALBE-HALBE IN ALLEN TEILEN DER BERUFSWELT

Unser Ziel ist die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen. Wir wollen eine geschlechtergerechte Umverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit und die schrittweise Reduktion der Arbeitszeit, um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mehr Freizeit und die Aufwertung der Bezahlung von teilzeitarbeitenden Frauen zu ermöglichen. Um die Benachteiligungen von Frauen am Arbeitsmarkt zu bekämpfen, braucht es einerseits höherwertige Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen im Bereich der Erwachsenenbildung und andererseits die politische Steuerung bei den Mitteln der aktiven Arbeitsmarktpolitik des AMS. Dafür muss die Hälfte der Fördermittel des AMS für die bessere Integration von Frauen am Arbeitsmarkt als zentrales Ziel erhalten bleiben. Frauen mit Migrationsgeschichte benötigen aufgrund der Diskriminierung am Arbeitsmarkt spezielle Unterstützung, daher braucht es mehr Beratungs- und Weiterbildungsangebote. Zur Bekämpfung von Frauenarmut im Alter fordern wir ein einheitliches Pensionssystem mit gleichen Beiträgen, gleichen Berechnungsregeln und gleichen Leistungen für alle. Unser Pensionsmodell besteht aus einer aus Steuern finanzierten, existenzsichernden Grundpension von ca. 900 Euro und einer nach versicherungsmathematischen Regeln berechneten Versicherungspension aus Beiträgen.

TRANSPARENTE EINKOMMEN – GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT

Wir wollen eine Lohnpolitik, die sich vor allem für Lohnerhöhungen in den niedrig bezahlten „Frauenbranchen“ einsetzt: Der gesetzlich festgeschriebene Mindestlohn von 1.750 Euro brutto ermöglicht besonders Frauen ein existenzsicherndes Einkommen aus ihrer Arbeit. Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Einkommensunterschiede müssen gesetzlich verschärft werden. Sanktionsmöglichkeiten für bei den Einkommensberichten säumige Unternehmen, mehr Einsicht und Kontrolle in die Berichte sowie verbindliche Aktionspläne in den Betrieben machen die Einkommensberichte zu einem wertvollen Werkzeug zur effektiven Bekämpfung von Lohndiskriminierung.

FRAUEN IN SPITZENPOSITIONEN

Dank gesetzlicher Regelung sollen Spitzenpositionen öfter an hochqualifizierte Frauen gehen. Der Frauenanteil soll über gezielte Förderung weiblicher Spitzenleistungen über Stipendienprogramme, Preisvergaben und Quotierungen in allen gesellschaftlichen Bereichen wie Wissenschaft, Sport, Medien in Richtung 50% gehen. Auch in der Privatwirtschaft, etwa in Aufsichtsräten für börsennotierte Unternehmen, sind Quoten notwendig.

WAHLFREIHEIT ERMÖGLICHEN – AUSBAU DER KINDERBETREUUNG

Rechtsanspruch auf kostenlose, qualitativ hochwertige Betreuung für jedes Kind ab dem 1. Lebensjahr, unabhängig vom Wohnort (siehe auch Kapitel Familie).

FRAUENANTEIL IN POLITISCHEN FUNKTIONEN ERHÖHEN

*Ob in Vertretungskörpern auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene oder in politischen Interessensvertretungen und der Sozialpartner*innenschaft sowie in diversen öffentlichen Beiräten, Gremien, Kommissionen etc.: Ziel ist, dass zumindest die Hälfte aller Funktionen von Frauen besetzt wird. Um Frauen in der Politik zu fördern, wird ein Teil der Parteien- bzw. der Klubfinanzierung an Frauenquoten in den Parlamentsklubs gebunden. Mit dem Anreizsystem in der Klubförderung des Parlaments (Zuschuss bei einem Mindestanteil 71 von 40%) wurde ein erster Schritt gesetzt, dem jedoch noch weitere, verbindlichere folgen müssen. Laut einer Studie der Weltbank gibt es außerdem einen positiven Zusammenhang zwischen einem hohen Frauenanteil im Parlament und einem besseren Ranking im Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International.*

FÜR EIN ENDE DER GEWALT GEGEN FRAUEN

Um häusliche Gewalt gegen Frauen und Kinder zu verhindern, wird die Gewaltprävention ausgebaut. Alle Formen von Gewalt in Beziehungen werden als solche benannt und geächtet. Mit Hilfe eines nationalen Aktionsplans gegen Gewalt an Frauen nehmen Bund und Länder ihre Verantwortung gemeinsam wahr und sorgen für eine flächendeckende Betreuung in Frauenhäusern und Opferschutzeinrichtungen. Diese Einrichtungen werden im Sinne der konsequenten Umsetzung der Istanbul-Konvention gegen Gewalt an Frauen gestärkt, gefördert und die Kapazitäten erhöht. Wir wollen verstärkte Sensibilisierungsprogramme in Schulen, der Justiz und der Polizei sowie Präventionsprogramme und Antigewalttrainings für Gefährdete. Von Hass im Netz sind Frauen besonders stark betroffen. Es wird eine gesetzliche Grundlage geschaffen, damit sich Betroffene niederschwellig, kostenlos und ohne finanzielles Risiko dagegen wehren können.

2) Gewalt wird vorwiegend von Männern ausgeübt. Mit welchen Vorhaben wollen Sie männliche Gewalt an Frauen und mit welchen die unter Männer eindämmen?

a. Wie gedenken Sie die Täterarbeit und den Opferschutz in Österreich zu stärken?

Wir stehen für einen Auf- und Ausbau opferschutzorientierter Täterarbeit auf Grundlage der Istanbul-Konvention. Dabei bedarf es einer Ausarbeitung fachlicher Standards für opferorientierte Täterarbeit, Kooperation mit der Jugendwohlfahrt und Justiz, die Finanzierung des Programms sowie konstanten Austausch über österreichische und europäische Entwicklungen (Konvention des Europarates zur Bekämpfung und Prävention von Gewalt an Frauen und häuslicher Gewalt) im Bereich der Täterarbeit und der Gewaltprävention.

Es ist unabdingbar, die dazu nötigen finanziellen Mittel nachhaltig und langfristig sicherzustellen.

b. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie von Gewalt betroffene Männer unterstützen?

Es bedarf jedenfalls des Ausbaus und der gesicherten Finanzierung von Männerberatungseinrichtungen. Diese sollen in die Lage versetzt werden, gewaltbetroffene Männer intensiv und vor allem über einen längeren Zeitraum hin zu begleiten und bei der Bewältigung der Folgen ihrer Gewaltbetroffenheit effektiv zu unterstützen.

3) Männer haben zum Zeitpunkt der Geburt eine kürzere Lebenserwartung als Frauen. Welche Maßnahmen zur Förderung eines Gesundheitsbewusstseins und zur Eindämmung von Risikofaktoren bei Männern werden in Ihrem Gesundheitsprogramm vorkommen?

Die Differenz in der Lebenserwartung von Männern und Frauen hat sich in den letzten zehn Jahren um 12% verringert. Das zeigt deutlich auf, dass der Unterschied in der Lebenserwartung kein „Naturgesetz“ ist. Eine Gesellschaft hat damit die Möglichkeit, mit gezielten Programmen auf eine Veränderung hinzuarbeiten. Dabei gibt es mehrere Ansätze: Einer davon betrifft das persönliche

Verhalten, also etwa gezielte Maßnahmen gegen die Folgen des Rauchens, des häufigen Alkoholkonsums oder gesundheitsschädlicher Lebensmittel. Diese Maßnahmen sind wichtig und erfolgen insbesondere über Bewusstseinsarbeit.

*Nachhaltig wirkungsvoller sind jedoch Veränderungen jener Verhältnisse, die in besonderer Weise krank machen (und von denen Männer vor allem aus sozialen Gründen häufig stärker betroffen sind, als Frauen). Dazu zählen etwa eine Verkürzung der Arbeitszeit, die Schaffung zusätzlicher Möglichkeiten beruflicher Auszeiten, eine bessere Verteilung der Lebensarbeitszeit, Maßnahmen des Arbeitnehmer*innenschutzes etwa in Zusammenhang mit Schwer- und Nachtarbeit bzw. überhaupt der Verringerung von Stressfaktoren in der Arbeit bzw. der Verlängerung von Arbeitspausen.*

Und schließlich meinen wir, dass es eine Aufgabe der Gesellschaft ist, das Angebot günstiger und gesunder Lebensmittel in allen Lebensbereichen zu forcieren. Auch wenn es in diesem Zusammenhang überraschend klingt, so wird eine effektive CO²-Bepreisung mit Ökobonus für Haushalte einen wesentlichen Anreiz setzen, um steuerlich geringer belasteten Lebensmittel gegenüber steuerlich höher belasteten und weniger gesunden Lebensmittel den Vorzug zu geben. Ebenso kann die Stressbelastung durch Ausbau und Verbilligung des öffentlichen Verkehrs reduziert werden.

4) Österreichs Männer weisen im EU-Vergleich überdurchschnittlich lange Arbeitszeiten auf. Welche Unterstützung können sich Männer von Ihnen erwarten, um in der Familie als Vater präsent sein zu können?

Die Grünen treten für eine deutliche Reduktion der Wochenarbeitszeit und eine bessere Verteilung der Lebensarbeitszeit ein.

Weiters wollen wir ein modernes Kinderbetreuungsgeld, das die Familienarbeit auf beide Elternteile fair aufteilt. Unser langfristiges Ziel ist es, dass Väter und Mütter gleich lange aus dem Beruf aussteigen, um Zeit für ihre Kinder zu haben. Anschließend sollen Elternteile ihre Berufstätigkeit so gestalten können, dass sie Zeit für ihre Kinder haben. Maßnahmen, die es dazu braucht: Abbau von Überstunden, Verpflichtung der Betriebe zu individuellem Karenz- und Karrieremanagement für Männer und Frauen, Ermunterung zu Jobsharing und Teilzeitmodelle speziell für Führungspositionen. Dafür brauchen wir mehr Monate, die für Väter reserviert werden und einen finanziellen Bonus während der Väterfrühkarenz („Papamonat“), der nicht vom späteren Kinderbetreuungsgeld abgezogen wird. Im Sinne einer proaktiven Umsetzung der kürzlich beschlossenen EU-Vereinbarkeitsrichtlinie ist ein rascher Rechtsanspruch auf eine einmonatige, bezahlte Vaterfrühkarenz das Mindeste.

Im Übrigen schlagen wir vor, Betriebe finanziell zu fördern, die besondere Schritte zur Erhöhung der Väterbeteiligung an der Familienarbeit setzen.

5) Frauen sind in der Pflege überrepräsentiert. Wie wollen Sie Männer motivieren, sich an der pflegenden Sorge an alten, kranken und sterbenden An- und Zugehörigen zu beteiligen?

Wir schlagen eine Professionalisierung der Pflege vor. Dazu bedarf es einer wesentlichen Verbesserung der Arbeits- und Einkommensbedingungen in diesem Bereich. Grundsätzlich stellen wir fest, dass es ein stark steigendes Interesse von Männern an Pflegeberufen gibt, jedoch der Umstieg für Menschen über 30 oft unmöglich ist, weil es in den Zeiten der Ausbildung keine Existenzsicherung gibt. Wir Grüne treten daher dafür ein, einen Rechtsanspruch auf Ausbildung und Qualifikation bei voller existenzieller und sozialer Absicherung zu schaffen.

Die Professionalisierung der Pflege entlastet auch Familien, da sie nicht mehr grundsätzlich jede einzelne Pflege- und Betreuungshandlung von Familienangehörigen (in der Regel Frauen) geleistet werden muss, sondern die Familienangehörigen sich auf qualitative Zeit mit den pflegebedürftigen

Menschen konzentrieren können. Außerdem schlagen wir Rechtsansprüche auf Karenz- und Teilkarenzphasen sowie auf vorübergehende Reduktion der Arbeitszeit zur Pflege, Betreuung und Begleitung pflegebedürftiger und kranker Menschen mit Einkommensersatzleistungen vor.

Mit diesen Maßnahmen hoffen wir, die Männerbeteiligung an Pflege und Betreuung deutlich zu erhöhen und den Menschen auch die Möglichkeit zu geben, wichtige Qualitätszeit mit ihnen wichtigen Menschen verbringen zu können.

6) Junge Männer mit internationaler Familiengeschichte verlassen das Bildungssystem deutlich früher als andere junge Männer. Wie unterstützen Sie die Chancengleichheit im Bildungssystem?

*Österreichische Verwaltungsdaten belegen: Je mehr Segregation in der Schule stattfindet – sei es durch Extraklassen für Schüler*innen mit Sprachdefiziten, Sonderschulformen oder Halbtagsschulen – desto höher ist der Anteil früher Bildungs-abbrecher*innen. Das Konzept der „Grünen Schule“ verfolgt dagegen das klare Ziel: Kein Kind soll zurückgelassen werden. Es fördert alle Schüler*innen individuell in einem gemeinsamen, inklusiven Rahmen und schafft dabei ein Umfeld, in dem Lernen und das Weitergeben von Gelerntem Freude macht. Kinder mit speziellem Förderbedarf bzw. Behinderungen werden selbstverständlich in den Regelunterricht einbezogen. Mehrsprachigkeit wird als gelebte Normalität und Chance verstanden. Die Kosten für Ausflüge, Musik, Sport, Kulturprogramme und anderes Zusatzprogramm werden für Kinder aus sozial schwachen Familien aus einem Fonds bezahlt.*

*Die Grünen setzen auf eine gemeinsame Schule der 6- bis 14-Jährigen mit individueller Förderung aller Schüler*innen, um die in Österreich frühe soziale Selektion im Alter von nur 10 Jahren zu beenden. Jedes Kind wird so gefördert, dass es sein Potenzial erkennen, ausschöpfen und seine persönliche Bestleistung erbringen kann. Das gilt für die speziellen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung ebenso wie für jene von Hochbegabten. Sprachförderung findet innerhalb des Klassenverbandes statt – separate Sprachstartklassen sind ausschließlich für schulische Quereinsteiger*innen sinnvoll. Zu einer inklusiven Schule gehört außerdem die barrierefreie Ausstattung der Schulgebäude, die Bereitstellung nötiger Infrastruktur, gut ausgebildete Sonderpädagog*innen und persönliche Assistenz im Schulalltag. Das Angebot an verschränkten Ganztagschulen ist auszubauen. Alle Kinder sollen ein Recht auf ganztägige Betreuung haben. Hier haben alle Schüler*innen die Möglichkeit, Hausübungen und Schularbeitsvorbereitungen unter professioneller pädagogischer Aufsicht zu erledigen. Dies bringt nicht nur eine Entlastung für Eltern, sondern ermöglicht auch mehr Chancen-gleichheit. Das Angebot soll für die Eltern in einer Kernzeit von 9 bis 15 Uhr kostenlos sein*

Tatsächlich verliert das Bildungssystem ab einem Alter von 15 Jahren das Interesse an den Menschen. Die Schaffung der Ausbildungspflicht im Jahr 2017 hat diese Situation noch nicht ausreichend verbessert. Als Wesentlich erscheint uns neben der deutlichen Ausweitung der inklusiven Angebote sowie auch einer schnelleren Reaktion auf Bildungsabbrüche. Derzeit dauert es bis zu einem Jahr, dass Bildungsabbrüche „auffallen“. Ziel muss es sein, mit den jungen Menschen Pläne für den Wiedereinstieg in die Ausbildung zu erreichen. Damit verbunden sein sollen Angebote der existenziellen Absicherung. Eine Möglichkeit, die in anderen europäischen Ländern Erfolge zeigte, war die Aufnahme in wohnortnahen Beschäftigungs- und Ausbildungsinitiativen.

Diese Bemühungen dürfen jedoch auch nicht mit Erreichung des 18. Lebensjahres plötzlich enden (wie es derzeit leider ist). Wir treten daher für einen Rechtsanspruch auf Ausbildung und Qualifikation ein. Dieser muss selbstverständlich erst mit Leben gefüllt werden.